

Der Schulmittelfonds im Landkreis Aurich eine kritische Betrachtung

LINKS wirkt – LINKS tut gut

Der Kreistag des Landkreises Aurich hat in seiner letzten Sitzung am 15. Oktober einstimmig die Einrichtung eines Schulmittelfonds beschlossen. Angestoßen wurde dieser Fonds von der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Aurich. LINKS bewegt, wenn durch ihre Initiative armen Menschen die Sorge genommen wird, wie sie die Schulmaterialien ihrer Kinder bezahlen sollen. LINKS bewegt, wenn sie die neoliberale Allparteienkoalition in konkreten Einzelmaßnahmen zur Aufgabe ihres als Haushaltskonsolidierung verschleierte Sozialstaatsabbaus auf lokaler Ebene zwingt. LINKS führt diese Parteien in ihrer Hilflosigkeit vor, weil sie unter Strafe schlechter Wahlergebnisse nicht zugeben können, dass der jahrzehntelange Raubbau am Sozialstaat nicht eine notwendige Reaktion auf die angeblichen Zwänge der Globalisierung darstellt, sondern die Gewinne und Vermögen vergrößern soll. Es wird immer mehr Menschen trotz der medialen Berieselung klar, dass der jahrzehntelang betriebene Sozialklau, der letztendlich mit Hartz-IV seinen vorläufigen Höhepunkt fand, sich gegen alle Menschen richtet: Gegen die, die Arbeit haben, genauso wie gegen die, schon arbeitslos sind. Dass es keine sentimental Schutz zonen mehr gibt: Weder für arme Alte noch für Kinder und Jugendliche, die in armen Familien leben oder für kranke Menschen. LINKS wirkt bis in die viel beschworene gesellschaftliche Mitte, weil zu mindestens im Landkreis Aurich der Schulmittelfonds nur mit Hilfe der Schulen, also nur durch die aktive Unterstützung der Schulleiterinnen und Schulleiter durchgesetzt werden konnte. Pikant ist dabei, dass es gerade in dieser Berufssparte eine Reihe von SPD-Mitgliedern gibt. Erfolge wie der Schulmittelfonds können aber auch parteiintern die nach der Parteigründung notwendige Klärungsphase positiv stimulieren. Wollen wir uns nach innen wenden, uns mit Satzungs- und Geschäftsordnungsfragen beschäftigen, in unterschiedlichen politischen Ansichten von Genossinnen und Genossen immer gleich Verrat riechen und misstrauisch sein gegen alles und jeden, die Talent, Phantasie und Willen zum Gestalten mitbringen? Oder wollen wir mit unseren Erfolgen wachsen und uns auch freuen über das, was wir mit den wenigen Mitgliedern und mit noch weniger Geld anzurichten in der Lage sind?

Der Schulmittelfonds und seine politischen Risiken

Dabei muss klar sein, dass auch dieser Erfolg nicht ohne politische Risiken zu haben gewesen ist. Das gefährlichste Risiko ist dabei der Versuchung zu erliegen, diese kleinen Reparaturversuche am daniederliegenden Sozialstaat als die einzige oder die wichtigste Aufgabe von LINKS zu betrachten, so attraktiv die damit verbundenen Erfolge auch für die Öffentlichkeitsarbeit sind. Denn durch sie wird auf gar keinen Fall der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit gelöst werden können. Die Abbruchprozesse am Sozialstaat sind systemimmanent. Wirkliche Erfolge im Kampf um soziale Gleichheit oder Gerechtigkeit, was etwas völlig anderes ist als das Schrödersche Agenda 2010-Geschwafel von der Chancengleichheit, sind den auch nicht in den Parlamenten oder gar in den kommunalen Vertretungskörperschaften zu erreichen, sondern nur über die gesellschaftliche Auseinandersetzung. Es muss deshalb allen Beteiligten im Bewusstsein bleiben, dass Instrumente wie der Schulmittelfonds im eigentlichen Sinne völlig untaugliche Versuche sind, um soziale Gerechtigkeit in Form egalitärer Zugangsbedingungen zum Bildungssystem für alle Kinder und Jugendliche zu garantieren. Dies darf DIE LINKE niemals vergessen. Konzentriert sie sich allein auf die Parlamentsarbeit, so wird sie mit großer Wahrscheinlichkeit ihre hoch gesteckten Ziele nicht erreichen können. In der konkreten lokalen Auseinandersetzung um den Schulmittelfonds im Landkreis Aurich bestand zudem die Gefahr, dass die Hartz-IV-Parteien eine Art politischen Ablasshandel betreiben können, und das gestützt und gefördert von medialer Seite, deren lokale Zeitungen DIE LINKE für eine faire Diskussion nicht offen stehen. SPD, CDU, FDP und Grüne haben einträchtig in der Schlussabstimmung für den Fonds gestimmt, obwohl sie auf Bundes- wie Landesebene Hartz-IV zu verantworten haben. Und das passt einfach nicht zusammen. DIE LINKE muss deshalb wachsam sein, wenn insbesondere die SPD erstens den Eindruck zu erwecken versucht, dass die negativsten Auswirkungen von Hartz-IV - sanft – zu korrigieren sind, ansonsten aber Hartz-IV das Allheilmittel für die Bewahrung des Sozialstaats eingangs des 21. Jahrhunderts bleibt und sie zweitens diese Korrekturversuche als pseudo-

Der Schulmittelfonds im Landkreis Aurich eine kritische Betrachtung

demokratischen Politikstil deklariert, und zwar getreu dem Motto: Wir haben verstanden. Wir sind nahe beim Menschen. In Aurich wurden zudem noch mit tatkräftiger Unterstützung einer Zeitung, nämlich der Ostfriesischen Nachrichten, zwei andere Varianten des Tricksens und Täuschens in die öffentliche Auseinandersetzung eingeführt, gegen die sich DIE LINKE wehren muss, und zwar auch deswegen, weil die eine perfider als die andere ist: Die erste deklariert die Ausgaben für die mindeste materielle Grundabsicherung als sozialstaatliche Errungenschaft, wobei das Nennen einer angeblichen Gesamtsumme, die als konsumtive Ausgabenbelastung verkauft wird, dem braven Steuerbürger einen kalten Schauer über den Rücken jagen soll. Dieser Entsolidarisierungsversuch wird dann an der Einzelmaßnahme, wie beispielsweise dem Schulmittelfonds konkretisiert: Menschen, die noch viel zu wenig haben, werden gegen die getrieben, denen fast gar nichts mehr geblieben ist. So kritisierte der kleinintellektuelle Chefvordenker der oben erwähnten Zeitung, dass Kinder aus Hartz-IV-Familien gegenüber anderen Geringverdienern, die ohne Grundsicherungsanteile auskommen, bevorzugt werden. Infam ist dabei nicht nur der Versuch dieser Spaltung. Infam ist es auch dabei nicht zu erwähnen, dass DIE LINKE in ihrem Antrag genau beide Zielgruppen im Blick gehabt hat und das der beschlossene Schulmittelfonds genau dies auch nicht ausschließt.

zur Vorgeschichte des Schulmittelfonds im Landkreis Aurich

Natürlich wurde der Antrag auf Einrichtung eines Schulmittelfonds in erster Linie deswegen gestellt, um die schwierigen Lebensverhältnisse von Menschen zu verbessern, die materiell nicht auf Rosen gebettet sind. Daneben ist er aber auch Bestandteil eines strategischen Konzepts, das darin besteht, besonders im Vorfeld der Landtagswahl der SPD und ihr Grünes Anhängsel bei wichtigen sozialpolitischen Themen zu stellen und ihnen somit eine Selbststilisierung als Parteien mit sozialem Gewissen zu verbauen. Dazu gehört dieser Antrag genauso wie ein Antrag, der sich mit der gesetzeswidrigen Praxis der ARGE bei der systematisch falschen Berechnung der Kosten der Unterkunft (KDU) auseinandersetzt. Neben diesen zwei Pfeilern sollen auch kleinere Vorhaben je nach Zeit und Anlass Platz finden. Nach Möglichkeit werden diese Schwerpunkte parallel im Auricher Stadtrat und im Kreistag gestellt, um den öffentlichen wie politischen Druck erhöhen zu können. So haben die Kreis- und Stadtratsfraktion am 19. bzw. 20. Juni quasi parallel ihre Anträge auf Einrichtung eines Schulmittelfonds eingereicht. In der Stadt Aurich wurde er zunächst in einem extra dafür eingerichteten Arbeitskreis verwiesen. Nach dem Erfolg auf Kreisebene zieht nun die Stadt nach und richtet ihren Fonds auf die Bestimmungen aus, die der Landkreis getroffen hat. Gefordert wurde im Antrag der Kreistagsfraktion:

- der Kreis der Antragsberechtigten soll über den unmittelbaren SGB II und XII Bereich auf alle Kinder ausgedehnt werden, die aus Familien stammen, deren durchschnittliches monatliches Haushaltseinkommen nur $\frac{3}{4}$ von dem aller Haushalte beträgt.
- Kostenbefreiung für diesen Personenkreis beim Mensaessen
- Übernahme aller fachspezifischen Kosten nach tatsächlichen Preisen
- Verwaltung und Auszahlung durch die Schulen, Bildung von Einkaufsringen
- direkte Auszahlung an Familien nur für individuelle Anschaffungen, wie beispielsweise für Schultaschen und Sportbekleidung

Zunächst wurde der Antrag im Kreisausschuss Anfang Juli besprochen. Dort versuchte die Landkreisverwaltung in Person des Landrats zunächst, ihn einfach vom Tisch zu wischen. Er wie übrigens auch die CDU-FDP-Gruppe behauptete, dass der Bedarf für Schulmittel aus dem Regelsatz anzusparsen ist. Schließlich seien mit Hartz-IV Pauschalierungen als Ersatz für die so genannten einmaligen Leistungen eingeführt worden. Diese Pauschalierungen wären menschenwürdiger als das alte Modell, weil den Empfängerinnen und Empfängern dadurch erspart werden würde, wegen jeder „Kleinigkeit zum Amt rennen zu müssen“. Jedoch war diese Strategie nicht aufrecht zu erhalten, weil die begriffliche Verwechslung von „Schreibmitteln“ (tatsächlich mit etwas mehr als 1,60 € und Monat im Regelsatz

Der Schulmittelfonds im Landkreis Aurich eine kritische Betrachtung

vorhanden) und „Schulmaterialien“ (Ansatz im Regelsatz: 0€) selbst der SPD-Fraktion zu peinlich war, die deshalb das Verweisen des Antrags in den Fachausschuss beantragte und durchsetzte. Befürchtet wurden seitens der Verwaltung und den Sparkommissaren der anderen Fraktionen natürlich die mit dem Fonds verbundenen Kosten. Und selbstverständlich saß der Stachel tief, dass ausgerechnet die Linksfraktion nach ihrem Antrag zur Weihnachtsbeihilfe wieder einen Punkt gefunden hat, an dem sie für alle leicht nachvollziehbar erklären kann, was Hartz-IV konkret für die Menschen bedeutet. In der öffentlichen Diskussion wurden jedoch völlig andere Argumente vorgetragen:

- die Bevorzugung von Bezieherinnen und Beziehern von Sozialleistungen gegenüber anderen Geringverdienern
- das Risiko, mit der Annahme des Antrags der Linksfraktion ein bürokratisches Monster zu schaffen (als wenn das durch diesen Antrag auch nur im geringsten intendiert gewesen wäre)
- allein schon aufgrund der engen finanziellen Spielräume nicht falsche Beschlüsse, die der Bund oder das Land trifft, korrigieren zu können
- seitens der GEW wurde darauf hingewiesen, dass die Schulen aufgrund der hohen Belastung des Lehrpersonals und fehlender Verwaltungskräfte nur schwer in der Lage seien, den Fonds zu verwalten.

Eindeutig wie (wahrscheinlich) auch ausschlaggebend war jedoch das Votum der Schulleiterinnen und Schulleiter, die den Fonds begrüßten. Denn damit war die Möglichkeit einer leichten Ablehnung durch die SPD vom Tisch. Anschließend begann die Zeit der sozialdemokratischen Dummheiten. Ende September brachten sie einen eigenen dünnen Antrag ein, der offensichtlich von LINKS abgeschrieben wurde. In der Presse wurde der Eindruck erweckt, die SPD sei im Kreistag Aurich die Urheberin des Schulmittelfonds gewesen, was durch DIE LINKE leicht zu widerlegen war und was denn auch Thema einer kämpferischen Rede im Kreistag war. Die Grünen konnten auch nicht widerstehen und schoben einen Antrag mit der Forderung nach, den Fonds bereits in diesem Jahr einzurichten. Die Verwaltung legte schließlich zur Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur am 10. Oktober 2007 einen eigenen Vorschlag vor, dem auch die Linksfraktion durchaus zustimmen konnte, weil er beinahe deckungsgleich mit ihren eigenen Vorstellungen ist.

der Schulmittelfonds im Landkreis Aurich

Sah sich die SPD während der Ausschusssitzung noch nicht in der Lage, zusammen mit den übrigen antragsstellenden Fraktionen sich auf die Verwaltungsvorlage durch das Zurückziehen der jeweils eigenen Anträge zu einigen, sah das zur Sitzung des Kreistages am darauf folgenden Montag, den 15. Oktober 2007 anders aus. Jedoch: sie schmolte und versuchte erneut, für sich die Initiative zu beanspruchen. Eine Steilvorlage, die durch die Linksfraktion in der Debatte dankend angenommen wurde. Beschlossen wurde dann einstimmig, dass der Schulmittelfonds ab dem Jahr 2008 eingerichtet wird. In den Haushalt werden dafür 84.000 Euro eingestellt, was einen Pro-Kopf-Betrag von 70 Euro je Schülerin oder Schüler bedeutet. Als Berechnungsgrundlage dafür dient die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die von den Kosten für die Schulbuchausleihe befreit sind. Der Gesamtbetrag hört sich relativ gering an. Er ist aber deswegen nicht, weil die einzelnen Kommunen für die Schulen, die sich in ihrer Trägerschaft befinden, einen eigenen Fonds aufzulegen haben. Die Stadt Aurich beispielsweise denkt über einen Betrag von 20.000 Euro nach.

Der Landkreis wird für die Vergabe der Gelder einen Richtlinienkatalog erstellen, der folgende Eckpfeiler hat:

- zuschussberechtigt können alle Schülerinnen und Schüler aus finanzschwachen Familien sein (also nicht nur die Bezieherinnen und Bezieher von SGB II oder SGB XII).

Der Schulmittelfonds im Landkreis Aurich eine kritische Betrachtung

- der Schulmittelfonds wird im Budget der jeweiligen Schule veranschlagt. Den Schulen soll dabei erlaubt werden, untereinander Umschichtungen vorzunehmen und dadurch mögliche unterschiedliche Bedarfe Rechnung zu tragen.
- direkte Überweisungen an die Familien der betroffenen Kinder soll es nicht geben. Damit wird der Betrag auch argefest.
- den Schulen „soll es weitestgehend überlassen“ werden, wie die konkrete Hilfe aussehen soll. Die Förderschulen können beispielsweise aus diesen Mitteln auch ein kostenloses Frühstück anbieten.
- der Pro-Kopf-Betrag von 70 Euro wird als Regelsatz verstanden, wodurch es erlaubt sein wird, ihn bei Bedarf auch zu überschreiten.
- Ende 2008 soll der Schulmittelfonds evaluiert werden.

Dabei ist kritisch durchaus zu sehen, dass

- der Schulmittelfonds erst im nächsten Jahr anläuft.
- die Richtlinien noch nicht erarbeitet sind und deshalb nicht gleichzeitig mit dem Fonds beschlossen werden konnten. Daher gilt es weiter wachsam zu sein: der Teufel steckt bekanntlich im Detail.
- auf die Lehrer eine große Verantwortung zukommt, die sie selber skeptisch bis ablehnend betrachten. Außerdem besteht die Gefahr der Personalisierung von Rechtsansprüchen. Eine solche Art individuell gefühlte Abhängigkeit vom Wohlwollen einer Lehrerin oder eines Lehrers, das zu einem dementsprechenden Wohlverhalten der darauf angewiesenen Eltern und Schülerinnen und Schüler führen könnte, kann jedoch nicht das Ziel linker Politik sein. Deswegen gilt es auch diesen Faktor in der Evaluierung zu berücksichtigen. Bedenkt man aber, dass diese Art der Re-personalisierung staatlicher Herrschaft durchgehende Linie der Verwaltungswirklichkeit von Argen darstellt, dann ist dieses Verteilungsmerkmal per se zunächst nicht als hoch problematisch anzusetzen. Denn es gibt keine Alternative. Außerdem besteht mit der hier gewählten Methode die Chance niedrigschwelliger wie schneller Hilfe, weil sie ohne formale Anträge und gegebenenfalls auch ohne Mitwirkung der Eltern geleistet werden kann.
- bisher nur die Schulen erfasst wurden, die in Trägerschaft des Landkreises stehen. Die übrigen kommunalen Schulen müssen durch die jeweiligen Stadt- und Gemeinderäte in dieses Netz der Schulmittelfonds eingebunden werden. Unproblematisch ist dies in den Kommunen, in denen DIE LINKE Ratsmandate innehat, also in Aurich, Großefehn und Südbrookmerland. Andere Gemeinden, wie beispielsweise Ihlow, setzen die Zusage der SPD um, den Schulmittelfonds des Landkreises kommunal zu übertragen. Es ist in den nächsten Monaten genau zu beobachten, in welchen Kommunen diese Übertragung Schwierigkeiten macht. Dazu dürfte vor allem die Stadt Norden gehören, die einen von dem Verdi-Erwerbslosenausschuss initiierten Antrag bereits vor Monaten abgelehnt hat.

Es kommt halt auch immer darauf an, wann man einen Antrag stellt. Als bitterer Nachklang zu der ganzen Entwicklungsgeschichte des Schulmittelfonds im Landkreis Aurich bleibt festzuhalten, dass der Vorsitzende des Verdi-Erwerbslosenausschusses, seines Zeichens SPD-Mitglied, seiner Partei im öffentlich ausgetragenen Streit um die Urheberschaft zur Seite sprang. Manchmal kann man sich seine Verbündeten eben nicht selbst aussuchen...